

Zwischen Identität und Solidarität

C

Chancen und Hürden von Sprachpolitik in den Geflüchtetenprotesten.
Von Lisa Doppler und Friederike Vorwergk

Ein wichtiges Element von Protest ist ein kritischer Umgang mit Sprache und insbesondere mit Selbstbezeichnungen. Das ist auch den Geflüchteten in Sprechpositionen und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern bewusst. Zum Beispiel entflamte in den letzten Monaten eine Diskussion um das ‚Non-Citizen‘-Konzept und die damit einhergehenden Ein- und Ausschlüsse. So wie sich heute in der Bewegung mit Sprache im Widerstand und damit einhergehenden Konflikten auseinandergesetzt wird, befassten sich hiermit bereits der Sozialphilosoph Herbert Marcuse und der Soziologe Stuart Hall.

Geflüchtete als gesellschaftliche Randgruppe

Der Kritische Theoretiker Herbert Marcuse analysiert und beschreibt in den 1960er Jahren die Situation in den USA und geht der Frage nach den Möglichkeiten gesellschaftlicher Emanzipation nach. Die Feststellung, dass keine Revolution absehbar ist und große Teile der Arbeiterklasse weitestgehend in das System integriert sind, führt ihn zu einer Beschäftigung mit revoltierenden Randgruppen. Er nennt zum einen die nonkonformistische junge Intelligenz, vor allem Studierende, die aus politischem Bewusstsein und Ekel vor der Gesellschaft handele, zum anderen die schwarze Ghettobevölkerung, die aus für sie immer noch unerfüllten Bedürfnissen handele.¹ Geflüchtete können als eine solche Randgruppe bezeichnet werden, da sie mit Lagerunterbringung, Residenzpflicht oder Arbeitsverboten einer Reihe von Sondergesetzen unterworfen sind, die sie, ähnlich wie zu Marcuses Zeiten die Schwarzen in den USA, zu einer markierten und ökonomisch marginalisierten Gruppe machen.

Die eindimensionale Sprache...

Sprache ist bei Marcuse ein wichtiges Element zur Schaffung und Aufrechterhaltung der repressiven Ordnung. In seinem bekanntesten Werk, „Der eindimensionale Mensch“ (1967), beschreibt Marcuse Entwicklungen einer Sprache, die einer Vorstellung von Gesellschaft als unveränderbar Vorschub leistet: „Verkürzung des Begriffs in fixierten Bildern, [...] Immunität gegen Widerspruch, Identifikation des Dings (und der Person) mit seiner Funktion – diese Tendenzen offenbaren den eindimensionalen Geist in der Sprache, die er spricht.“²

Diese funktionale Sprache drückt sich im eindimensionalen Diskurs zu Migration und Asyl in Wörtern aus, von denen hier einige beispielhaft in zwei fiktionalen Sätzen zusammengefügt sind: „Ein Asylbewerber in Deutschland wohnt in einer Landesaufnahmebehörde, wo er die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise hat. Während seines Aufenthalts unterliegt er der Residenzpflicht und erhält Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.“ Die Sätze lesen sich als unhinterfragbare Tatsachendarstellung, sie sind eindimensional. Dass hier von einem Menschen die Rede ist, der Sondergesetzen unterliegt, die seine Freiheiten einschränken, von Bewegungsverbot, der Überredung zur Rücknahme des Asylgesuchs bis hin zum Zwang in einer Sammelunterkunft zu leben, wird nur kritischen und in dem Thema gebildeten Leserinnen und Lesern bewusst. Sprache dient somit als Vehikel von Verschleierung und Unterordnung.

...und die Sprache des Widerstandes

Eben da Sprache einen so wichtigen Platz in der Aufrechterhaltung von Herrschaft einnimmt, ist sie Marcuse zufolge einer der wenigen, in der eindimen-

Containerlager
Ein Lager aus Containergebäuden. Als Containergebäude bezeichnet man Gebäude, die in Raumzellenbauweise aus Containern errichtet werden (Quelle: Wikipedia). Die Container müssen robust sein, technisch ausgereift und bei geringer Wohnfläche den optimalen Nutzen bringen. Auf Wunsch sind sie sogar beheizbar! Ob eine Schule saniert werden soll, ob ein Baubüro, Aufenthaltscontainer oder Sanitärcontainer aufgestellt werden muss oder ob für Asylbewerber Wohnraum geschaffen werden soll - diese flexiblen Räume werden immer gerne von Kommunen als Wohncontainer eingesetzt. Siehe auch → Abschreckung.

D

Deutschland

Eine ausgesprochen feindselige und unangenehme Umgebung. Siehe auch → Abschreckung.

Dublin II-Regelung

Duldung

Nach §60a des Aufenthaltsgesetzes "die vorübergehende Aussetzung der → Abschiebung" von ausreisepflichtigen Ausländern. Diese vorübergehende Aussetzung kann über mehrere Jahre andauern und muss in der Regel alle drei bis sechs Monate verlängert werden. Insofern ist sie wiederholt vorübergehend, um nicht zu sagen kontinuierlich. Ausreisepflichtige AsylbewerberInnen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, befinden sich demzufolge in diesem Zustand ständiger, zermürbender Widersprüchlichkeit, in dem sie von Gesetzes wegen an ein und demselben Ort

sionalen Welt überhaupt noch möglichen Ansatzpunkte für Widerstand und Ausbruch: „Die Protestbewegung muß also ihre eigene, von der des Establishments unterschiedene Sprache entwickeln, die zugleich verständlich sein muß.“³ Beispiel aus den Geflüchtetenprotesten ist etwa die Verwendung des Begriffs Lager statt der Bezeichnung ‚Landesaufnahmebehörde‘ oder ‚Erstaufnahmestelle‘, der weit mehr das Gefühl des Eingesperrtseins, der Fremdbestimmtheit und der Isolation wiedergibt.

Die Geflüchtetenbewegung spricht jedoch nicht erst seit dem Berliner Refugee Strike von Lagern, sondern seit Jahren, so dass der Begriff inzwischen sogar von bürgerlichen Medien übernommen wurde. Deutlich wird dies auch in der Selbstbezeichnung der Geflüchtetenaktivistinnen und -aktivisten. Die meisten bezeichnen sich nicht mit ihrem formalen, rechtlichen Status, dem der ‚AsylbewerberInnen‘ oder ‚Geduldeten‘, sondern als ‚Refugees‘. Diese Bezeichnung impliziert, dass der Mensch eine (Flucht-)Geschichte hat und es Gründe für sein Hiersein gibt, die im Refugee Strike ebenfalls thematisiert werden: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ ist ein oft vernommener Slogan.

Interessant ist in dieser Hinsicht auch die Selbstbezeichnung ‚Non-Citizens‘. Der Ausdruck beinhaltet die Darstellung der eigenen rechtlichen Position, eine Kritik daran und die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung. Er verdeutlicht das eigentliche Problem, den gesellschaftlich-rechtlichen und somit auch ökonomischen Ausschluss.

Identität und Positionierung

Die Schaffung von Kategorien, die bereits im Wort selbst Kritik enthalten, ist also zunächst eine gute Sache. Doch sie birgt auch Konfliktpotenzial. Den britischen Soziologen Stuart Hall beschäftigt die Frage, wie sich Individuen unter einer gemeinsamen Kategorie als soziale Kraft formieren. Er zeigt am Beispiel der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er und 70er Jahren in England, wie es gelang, die Bezeichnung ‚schwarz‘ aus ihrer negativen Bedeutung herauszulösen und zu einer „organisierenden Kategorie für eine neue Politik des Widerstandes“⁴ umzudeuten. Hinter dieser Kategorie entwickelte sich, so Hall weiter, eine gemeinsame Identität über „ethnische und kulturelle Differenzen zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften hinweg“. Eine Positionierung berge jedoch immer die Gefahr, andere Dimensionen der Identität zu überdecken und auszublenden.

In der Bürgerrechtsbewegung haben sich nicht alle mit der kollektiven Identität identifizieren können. Da der Kampf sich entlang von *race* orientierte, wurden Weiße der Unterklasse dabei ausgeschlossen, obwohl sie vergleichbare Benachteiligungserfahrungen in Arbeitsverhältnissen machten wie Schwarze der Unterklasse. Zudem wurden Dominanzverhältnisse anderer Positionierungen, wie zwischen schwarzen Männern und schwarzen Frauen, mit „Schweigen übergangen“, schreibt Hall⁵. Diese negativen Effekte der Positionalität könnten sich auch nachteilig auf die derzeitigen Geflüchtetenproteste auswirken.

Das Beispiel Non-Citizens

Mit der Kategorie ‚Non-Citizens‘ soll deutlich gemacht werden, dass Asylsuchende, Papierlose oder Geduldete von Grundrechten wie dem Recht auf Arbeit, dem Recht auf freie Wohnortswahl oder dem Recht auf Asyl ausgeschlossen sind, wohingegen ‚Citizens‘ in den Genuss all dieser Grundrechte kommen. Ashkan Khorasani, ein Sprecher der Non-Citizens erklärt, dass die Selbstbezeichnung ‚Flüchtling‘ bzw. ‚Refugee‘ der Selbstorganisationen Karawane und The Voice dafür zu schwach sei, denn sie beziehe auch Menschen ein, die im Besitz dieser Staatsbürgerrechte seien.⁶

Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die Non-Citizens den Versuch von Geflüchtetenaktivistinnen und -aktivisten torpedieren, auch Bürgerinnen und Bürger für den Kampf zu gewinnen – Menschen, die sich mit zentralen Forderungen identifizieren können, weil sie ähnlichen Restriktionen, wie zum Beispiel der Form der Residenzpflicht, wie sie Arbeitslose trifft, unterworfen sind oder die einfach solidarisch sind.

Die Dichotomie ‚Non-Citizens/Citizens‘ wurde in zahlreichen Artikeln kommentiert und diskutiert. So gibt es auf der einen Seite Befürwortende des Konzeptes, die hierin die Chance sehen, die Bewegung weiter zu entwickeln und zu radikalisieren. Weiterhin sei auf diesem Weg die Gefahr gebannt, dass sich Nicht-Betroffene, also Citizens, den Protest aneignen könnten, so eine Unterstützerin der Non-Citizens im *Hinterland*-Interview.⁷ Gegen das Konzept wird argumentiert, dass es Kategorien des Ausländerrechtes reproduziere und somit das konkret-utopische Ziel einer postnationalen Bürgerschaft aus dem Blick gerate.⁸ Es besteht somit auch die Gefahr, dass als Ziel des Kampfes lediglich eine Integration der Non-Citizens als Citizens erscheint.

Das Beispiel Lampedusa

Auch auf dem besetzten Oranienplatz in Berlin lässt sich eine Ausdifferenzierung erkennen, die für interne Spannungen sorgt. Der Anlass hierfür ist, dass sich den Geflüchteten, die nach dem Fußmarsch und der Bustour den Oranienplatz besetzten, im Januar eine weitere Gruppe angeschlossen hat. Diese Gruppenmitglieder nennen sich ‚Lampedusa-Flüchtlinge‘. Als Wanderarbeiter in Libyen beschäftigt, flüchteten sie mit Ausbruch des Krieges weiter nach Italien. Diejenigen, welche die Insel Lampedusa erreichten, erhielten in Italien ein Touristenvisum und etwas Bargeld, verbunden mit der Aufforderung in ein anderes Land weiterzureisen. In Deutschland angekommen haben sie aufgrund der Dublin-II-Verordnung keine Aussicht auf Asyl und kein Recht auf Arbeit.

Nun kam es zwischen den Lampedusa-Flüchtlingen und anderen Refugees im Camp zu Konflikten, die sich bis heute auf dem Oranienplatz widerspiegeln: Auf der einen Seite des Platzes hängt ein Banner mit der Aufschrift „Lampedusa Village“, auf der anderen Seite stehen die Zelte der übrigen streikenden Geflüchteten. Für den Winter 2013/14 stellt die Stadt den Lampedusa-Flüchtlingen ein Haus zur Verfügung und forciert damit die weitere Spaltung der Geflüchteten auf dem Oranienplatz. Bashir Zakariyau, der als Sprecher der Lampedusa-Flüchtlinge auftritt, betont, wie dankbar sie für dieses Quartier seien und beurteilt dieses Angebot als eine Verbesserung ihrer Situation. Napuli Paul Langa, die bereits seit Herbst 2012 auf dem Oranienplatz aktiv ist, bekräftigt hingegen, dass man bleiben werde, bis die Forderungen, wie die Abschaffung der Residenzpflicht, die Aufhebung des Arbeitsverbotes oder die freie Wohnortwahl erfüllt seien. „Wenn das erreicht ist, dann brauchen wir den Oranienplatz nicht mehr und auch kein festes Winterquartier“⁹. Turgay Ulu erklärt im Interview, dass auf staatliche Zersplitterungsversuche nicht eingegangen werden dürfe, sondern eine möglichst breite Bewegung zu schaffen sei:

„Das große Problem: kapitalistisches System, ein totales System, ein Isolationssystem. Aber wir haben viele Kategorien. Duldung, ohne Duldung und Lampedusa. Manche Leute haben Residenzpflicht, zum Beispiel die Lampedusa-Leute haben keine Residenzpflicht. Wir haben Residenzpflicht, aber unser Problem ist das gleiche Problem. Wir müssen zusammenarbeiten gegen die deutsche Flüchtlingspolitik und das kapitalistische System. [...] Der Staat, die wollen auch diese Bewegung trennen voneinander, isolieren, damit sie ganz klein ist. Zum Beispiel: Flüchtlinge aus Sudan, Flüchtlinge aus der Türkei, Flüchtlinge aus dem Iran. Und solche Politik treibt der Staat.“

Die unterschiedlichen Forderungen, etwa von Lampedusa-Flüchtlingen und den anderen Geflüchteten sind aber durchaus begründet – es ist in Ordnung, wenn es nicht Allen ums große Ganze geht und daher ein warmes Winterquartier vorgezogen wird. Es ist zu fragen, wie die heterogenen Interessen im Kampf gebündelt werden können, ohne Kraft raubende Abgrenzungen zu produzieren.

Sprache ist nicht alles

Mit Marcuse und Hall wird deutlich, welche Relevanz Sprache im Widerstand hat. Es kommt aber auch darauf an, sich der Reichweite dieses Ansatzes bewusst zu sein. Der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli bemerkte einmal zur Überschätzung von Sprachpolitik: „Gewiss: Sprachlich durchsetzen können sich nur die Herrschenden, aber nicht weil sie sprechen, sondern weil sie herrschen“¹⁰. Sprache kann dazu beitragen Herrschaft kenntlich zu machen und Widerstand zu mobilisieren, sie kann aber den Widerstand gegen die Herrschaft nicht ersetzen. Selbstbezeichnungen ersetzen ebenso wenig die reale Konstitution von Bewegungen: nur durch die Bezeichnung als „revolutionäre Flüchtlingsbewegung“¹¹ wird es keine Revolution geben. Mit Sprache neigen Bewegungen leicht zu Übertreibungen, was den Widerstand erschweren kann.

Hoch die postnationale Solidarität!

Dass teilweise unterschiedliche Interessen vorliegen, sollte nicht geleugnet werden. Wenn der ‚Non-Citizen‘-Begriff oder die Kategorie der ‚Lampedusa-Flüchtlinge‘ aufgemacht wird, ist das durchaus notwendig, um die vorhandenen besonderen Ausschlüsse, die zu konkreten materiellen Zwängen für die Betroffenen werden, zu thematisieren und

zugleich sein und nicht sein müssen. Nicht nur sind die entsprechenden Personen dazu aufgefordert, in dieser Form die Gesetze von Raum und Zeit zu überwinden, sondern müssen gleichzeitig auch unter Einschränkungen wie Leistungen nach dem → Asylbewerberleistungsgesetz (→ Essenspakete, → Gemeinschaftsunterkunft, → Taschengeld etc.) und oft auch → Arbeitsverboten und Schikanen wider → Mitwirkungsspflicht leiden.

Durchsetzung der Ausreisepflicht

E

Ein-Euro-Job

erkenntnisdienliche Maßnahmen

Essenspaket
 /Abschreckende Maßnahme; siehe auch → Abschreckung. Traditionelle Form der Verpflegung nach dem → Asylbewerberleistungsgesetz.
 Ursprünglich

vorhanden in nur wenigen, obgleich illustren Ausführungen wie zum Beispiel dem „Familienpaket Moslem“ oder dem „Einzelpaket Hindu“. Im Laufe gastronomischen Fortschritts wurden diese Pakete nach einiger Zeit abgelöst von einem individuellen Bestellsystem, dessen ausgeklügelte Struktur nur von seiner eleganten Schlichtheit übertroffen wurde (DIN A4-Blatt zum Ankreuzen). Mittlerweile in Bayern durch die neue Sozialministerin Emilia Müller abgeschafft. Müller kann sich in diesem Bereich ihrer Expertise der mehr als ausreichenden Qualifikation rühmen, nicht Christine Haderthauer zu sein. Siehe auch → Joachim Hermann, → Deutschland.

sichtbar zu machen. Doch fraglich ist, wieso dadurch solidarische Citizens von Entscheidungsfindungen im Protest grundsätzlich auszuschließen sind – vor allem andere Geflüchtete, die inzwischen einen Status haben, durch ihre eigene Erfahrung aber durchaus mitreden können und vor allem schon wertvolle Erfahrungen im Protest gesammelt haben.¹² Ulu sagt zudem, er sehe etwa in Bezug auf Sondergesetze für Flüchtlinge besonders die Deutschen in der Verantwortung diese zu bekämpfen, da es die Gesetze ihres Staates seien. Solidarität, nicht Identität ist für ihn somit Begründung für Widerstand.

Dass die für den Kampf notwendigen Positionierungen nie ohne interne Reibungen auskommen, macht Stuart Hall an der Bürgerrechtsbewegung deutlich. Debatten sind gut und notwendig. Er rät jedoch: „[S]chließt die Türen, führt eine wütende Diskussion, um die Truppen zusammenzubekommen und dann schnell die andere Seite angreifen.“¹³ Es gilt, solidarisch für die postnationale Utopie zu kämpfen – oder zunächst für Teilforderungen, die in diese Richtung weisen können.<

¹ Marcuse 2004: 288

² Marcuse 1967: 115-116

³ Marcuse 1999: 78

⁴ Hall 1994: 15

⁵ Ebd.: 83

⁶ Loscher, Sebastian (2013): „Ein Hungerstreik ist kein Scherz“, in: *Jungle World*, 28/2013

⁷ Weinzierl, Matthias (2013): *Non-Citizens: „Wir habe keine Zeit mehr zu warten“*, in: *Hinterland* 23, 74

⁸ Tsianos, Vassilis/ Kasperek, Bernd (2013): *Too much love*, in: *Jungle World*, 30/2013

⁹ Abel, Andreas/ Flatau, Sabine: *Im Streit um das Flüchtlingscamp ist eine Lösung in Sicht*, in: *Berliner Morgenpost*, 11.10.2013

¹⁰ Agnoli, Johannes, zit. n. Grigat, Stephan (2013): *Der geduldige Revolutionär*, in: *Jungle World* 18/2013

¹¹ Ulu, Turgay (2013): *Ein Jahr ununterbrochener, revolutionärer Flüchtlingswiderstand*, in: *The Voice of Refugees and Migrants*, 6/2013

Der Artikel ist eine abgewandelte Kurzversion eines Beitrages mit dem Titel „Refugees und Non-Citizens im Streik“ in dem Sammelband „Migration. Integration. Inklusion“ der Rosa Luxemburg Stiftung und Heinrich Böll Stiftung, der in den kommenden Monaten erscheinen wird.

Friederike Vorwergk
studiert den Master Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen.

Lisa Doppler
promoviert zur Kritischen Theorie Herbert Marcuses und dem Refugee Strike. Beide leben derzeit in Osnabrück.

¹² Ein solches Beispiel beschreibt Lars Gaede (2013): *Der Nicht-Bürgerkrieg. Ein junger Iraner kämpft mit anderen Flüchtlingen für mehr Rechte. Bis er es sich selbst verbietet*, in: *Neon*, November 2013, 18-24

¹³ Hall 1994: 83

Literatur:

Hall, Stuart (1994): *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften* 2, Hamburg.

Marcuse, Herbert (1967): *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied und Berlin.

Ders. (1999): *Jenseits des Eindimensionalen Menschen*, in: Jansen, Peter-Erwin (Hg.): *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften* 1, *Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie*, Springer, 67-80.

Ders. (2004): *Versuch über die Befreiung*, in: ders.: *Herbert Marcuse Schriften* Band 8, Springer, 237-319.



Fremdschläfer